

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Informationstechnologie, Breitband, Datenschutz und Open Access</b>	<b>4</b>
1.1	Breitband . . . . .	4
1.2	Open Government . . . . .	5
1.3	Open Source . . . . .	5
1.4	Datenschutz . . . . .	5
1.5	Zensur und Medienverbote . . . . .	6
<b>2</b>	<b>Transparenz</b>	<b>6</b>
<b>3</b>	<b>Bürgerbeteiligung und Demokratie</b>	<b>7</b>
3.1	Direkte Demokratie . . . . .	7
<b>4</b>	<b>Bildung</b>	<b>7</b>
4.1	Die Piratenpartei Südtirol fordert: . . . . .	7
<b>5</b>	<b>Energie</b>	<b>8</b>
5.1	Wasserkraft . . . . .	8
5.2	Stromtarife . . . . .	9
5.3	Windkraftanlagen . . . . .	9
5.4	Photovoltaik . . . . .	9
5.5	Erneuerbare Energie für Heizung und Warmwasser . . . . .	9
5.6	Energetisches Sanieren und Bauen . . . . .	10
5.7	Stromleitungen . . . . .	10
5.8	Energiegewinnung mit nachwachsenden Rohstoffen . . . . .	10
<b>6</b>	<b>Sozialpolitik</b>	<b>10</b>
6.1	Arbeit . . . . .	10



6.2	Einwanderungspolitik . . . . .	11
6.3	Sozialstrukturen (Krankenhäuser, Gerichte, Altersheime usw.) . . . . .	12
6.4	Vereinswesen und Verbände . . . . .	12
<b>7</b>	<b>Gesundheit</b>	<b>12</b>
7.1	Kontinuität statt Willkür . . . . .	12
7.2	Medical School . . . . .	13
<b>8</b>	<b>Wirtschaft und Arbeit</b>	<b>13</b>
8.1	Grundeinkommen . . . . .	13
8.2	Arbeitslosigkeit . . . . .	13
8.3	Raumordnung . . . . .	14
8.4	Wirtschaftsförderung . . . . .	14
<b>9</b>	<b>Umwelt</b>	<b>15</b>
9.1	Wasser . . . . .	15
9.2	Lichtverschmutzung reduzieren . . . . .	15
9.3	Flugplatz . . . . .	15
9.4	Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes . . . . .	16
9.5	Biotope . . . . .	16
9.6	Trinkwasser . . . . .	16
9.7	Regenwasser und Schnee . . . . .	16
9.8	Feinstaub und Ultrafeinstaub . . . . .	16
9.9	Tiefenbohrungen . . . . .	17
9.10	Müllverwertung . . . . .	17
9.11	Radon . . . . .	17
<b>10</b>	<b>Landwirtschaft</b>	<b>18</b>
10.1	Biologische Landwirtschaft . . . . .	18
10.2	Gentechnik . . . . .	18
10.3	Biogasanlagen . . . . .	19
10.4	Hormone und Medikamente in der Tierhaltung . . . . .	19
10.5	Wald und Wiese . . . . .	19
10.6	Verbraucherschutz . . . . .	20
<b>11</b>	<b>Verkehr</b>	<b>20</b>
11.1	Öffentliche Verkehrsmittel . . . . .	20
11.2	Stadtverkehr . . . . .	20
<b>12</b>	<b>BBT</b>	<b>20</b>



<b>13 Tierrechte und Tierschutz</b>	<b>21</b>
13.1 Kultur des Tierrechtes . . . . .	21
13.2 Tierhaltung . . . . .	21
13.3 Anlagen für einen sicheren Wildwechsel . . . . .	21
13.4 Zirkusse . . . . .	21
13.5 Schächtung . . . . .	22
13.6 Lotterien mit Lebewesen . . . . .	22
13.7 Hundehaltungen . . . . .	22
13.8 Kontrollorgane . . . . .	22
13.9 Strafen . . . . .	22
<b>14 Südtirol</b>	<b>23</b>
14.1 Autonomie . . . . .	23
14.2 Selbstbestimmung . . . . .	23
<b>15 Politik</b>	<b>23</b>
15.1 Gehälter und Renten . . . . .	23
15.2 Privilegien . . . . .	23
<b>16 Drogen- und Suchtmittelpolitik</b>	<b>24</b>
16.1 Legalisierung leichter Drogen . . . . .	24



# 1 Informationstechnologie, Breitband, Datenschutz und Open Access

## 1.1 Breitband

- a) Jede Südtiroler Gemeinde muss an das Breitband Internet per Glasfaser angebunden werden, um ausreichend Bandbreite für einen Breitbandanschluss für jeden Kunden bereit stellen zu können, unabhängig davon mit welcher Technologie (ADSL, Funk, usw.) der Kunde letztendlich angebunden wird.
- b) Die Anbindung der Kunden muss - wo immer möglich - durch Kabel erfolgen. Funktechnologie soll nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen wie z.B. bei sehr abgelegenen Höfen, Weilern usw.
- c) ADSL bzw. ADSL2 Abdeckung soll zum unmittelbaren kurzfristigen Ziel erklärt werden. Konkret umzusetzen bis 2015
- d) Langfristiges Ziel sollte eine direkte Anbindung per Glasfaser in den kommenden Jahren sein, wobei die Priorität zuerst auf Behörden/ Gemeinden, dann Firmen und zuletzt auf private Haushalte gesetzt werden sollte. Konkret umzusetzen bis 2020.
- e) In den Ausnahmefällen in denen Funktechnologie zum Einsatz kommt, soll auf lizenzierte Frequenzbänder zurückgegriffen werden, um Störungen zu vermeiden, die sich auf den freien Frequenzbändern nicht vermeiden lassen.
- f) Zugang zum Internet ist ein Grundrecht der Informationsgesellschaft. Die Piratenpartei fordert daher den weiteren konsequenten Ausbau von öffentlichen und freien Wireless Hotspots.
- g) Öffentliche Hotspots sind kein Ersatz für richtiges Breitband, und werden in keinem Fall als Lösung des Breitbandproblems angesehen.
- h) Das Problem der "letzten Meile" muss wenn nötig gesetzlich gelöst werden um eine Blockade durch einzelne Anbieter zu verhindern. Bei Investitionen soll darauf geachtet werden, dass das Equipment die multi-provider/multi-services Anforderungen unterstützt. Es darf also kein Enterprise Equipment angekauft werden, sondern es muss "provider-grade" sein.
- i) Die Kommunikations-Infrastrukturen für Internet sollen wenn möglich per Gesetz zu einer öffentlichen Infrastruktur erklärt werden mit einer Gewährleistung flächendeckender Angebote (Infrastrukturrecht)



## 1.2 Open Government

- a) Open Data und Open Formats: Öffentliche Daten müssen für jeden leicht und jederzeit zugänglich gemacht werden. Die Veröffentlichung erfolgt leicht nachvollziehbar, unter Nutzung freier Lizenzen, in offenen Dateiformaten und unter Bekanntgabe maschinenlesbarer Quelldaten.
- b) Die digitalen Möglichkeiten ermöglichen eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Freiheit, die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können.

## 1.3 Open Source

- a) Die Piratenpartei Südtirol befürwortet den Umstieg auf Open Source Software in den Ämtern wo immer dies möglich ist.
- b) Bei der Anschaffung/Einführung neuer Software ist Open Source Software der Vorzug zu geben.
- c) Bestehende Software ist zu evaluieren und durch geeignete Open Source Software Alternativen zu ersetzen.
- d) Sollte es keine Open Source Software Alternative geben, ist die Möglichkeit zu prüfen, ob eine solche Software entwickelt werden kann. Dadurch können Know-How und Arbeitsplätze in diesem IT-Sektor in Südtirol geschaffen werden. Sämtliche Software, welche im Auftrag von Ämtern entwickelt wurde, soll als Open Source der Community zur Verfügung gestellt werden.

## 1.4 Datenschutz

Die Piratenpartei Südtirol setzt sich für einen starken Datenschutz und für das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung ein. Dies umfasst nicht nur die sparsame Erhebung, zweckgebundene Verarbeitung und Nutzung sowie die eingeschränkte Weitergabe von personenbezogenen Daten, sondern ebenso die Stärkung der Rechte des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung personenbezogener Daten zu bestimmen. Im Sinne des Prinzips der Informationssicherheit muss die Vertraulichkeit bei Übertragung und Zugriff sowie die Integrität der gespeicherten Daten gewährleistet sein.

- a) Wie alle Piratenparteien unterstützt auch die Piratenpartei Südtirol das Recht auf Wahrung der Privatsphäre. Sie ist ein unabdingbares Fundament der demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne



Privatsphäre nicht zu verwirklichen. Wenn Behörden Bürger beobachtet, welche nicht eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine grundsätzlich inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre. Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden. Die Weitergabe personenbezogener Daten von Behörden an die Privatwirtschaft hat in jedem Falle zu unterbleiben. Besonders fordert die Piratenpartei Südtirol die Stärkung der Privatsphäre in sensitiven Bereichen wie Medizin (Krankenhäusern und Sanitätseinheiten) und bei anderen automatisierten Datenerfassungssystemen wie dem Südtirol Pass, Telepass u.ä. (mögliche Erstellung von Bewegungsprofilen).

- b) Ablehnung einer verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung Die aktuelle Gesetzeslage verpflichtet Anbieter von Telekommunikationsdiensten zu lückenloser Protokollierung aller Telekom- und Internetverbindungsdaten, E-Mail-Verbindungen und Handy Standortdaten und Aufbewahrung dieser Daten für sechs Monate. Da davon alle Bürger betroffen sind, spricht man von einer verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung. Diese Vorgehensweise stellt einen Verstoß gegen die Unverletzlichkeit der privaten Kommunikation dar und ist wegen der Unverhältnismäßigkeit der flächendeckenden Überwachung abzulehnen. Die Piratenpartei Südtirol fordert deshalb eine sofortige Abschaffung der verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung.

## 1.5 Zensur und Medienverbote

Die Piratenpartei Südtirol spricht sich gegen jede Form von Zensur und Medienverboten aus. Illegale (online) Angebote sollen strafrechtlich verfolgt werden. Eine Sperrung von Inhalten ist abzulehnen.

## 2 Transparenz

- a) Die Piratenpartei Südtirol will einen gläsernen Staat und nicht einen gläsernen Bürger. Im Sinne der Transparenz verlangen wir eine Offenlegung und zentrale online Auflistung sämtlicher Gehälter und Nebeneinkünfte aller Südtiroler Politiker und Landesbediensteten in führenden Positionen. Es darf keine Zugangshürden zu diesen Daten geben.
- b) Politiker müssen Beteiligungen an Treuhandgesellschaften offenlegen.



## 3 Bürgerbeteiligung und Demokratie

### 3.1 Direkte Demokratie

Wir fordern den Ausbau der Direkten Demokratie nach dem Schweizer Modell. Danach stufenweiser weiterer Ausbau. Die Piraten streben eine möglichst hohe demokratische Gleichberechtigung an. Direkte und repräsentative Demokratie müssen stärker verknüpft werden, um bürgernahe Politik zu gewährleisten, Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen an der Demokratie zu fördern.

## 4 Bildung

### 4.1 Die Piratenpartei Südtirol fordert:

- a) Bildungsgebühren jeglicher Art abzuschaffen.
- b) Einen freien Zugang zu Bildung, unabhängig von sozialer Herkunft sowie körperlich oder geistig bedingten Nachteilen.
- c) Eine demokratische Organisation von Bildungseinrichtungen, so dass Lernende wie Lehrende diese angemessen mitgestalten können. (Beispiel 5-Tage Woche)
- d) Mehr Freiraum bei der Gestaltung des Schulkalenders, Schulen sollen nach Befragung von Schülern, Eltern und Lehrern wieder frei zwischen 5- oder 6-Tage-Woche wählen können.
- e) Keinen Einfluss der Wirtschaft auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe.
- f) Lehrmittel und Software unter freien Lizenzen zu fördern, um rechtliche und finanzielle Lehrhürden abzubauen.
- g) Sprachschulen für Migranten und ihre Kinder ausbauen und fördern, um Integration zu erleichtern und Schuleingliederung zu ermöglichen.
- h) Mehrsprachige Schulen (CLIL) in Südtirol als zusätzliche Alternative anbieten.
- i) Medienkompetenz in der Schule vermitteln. (Internet, Pornographie im Internet)
- j) Forschungseinrichtungen in Südtirol (z.B. EURAC und Uni Bozen) müssen ihre Arbeiten in Open Access Fachzeitschriften veröffentlichen.



- k) Anstelle des Baus teurer neuer Bibliotheken fordern wir die Einrichtung einer umfassenden, digitalen Landesbibliothek, welche den Bürgern einen 24/7 Online-Zugriff auf Bücher und andere Medien gestattet.
- l) Wir fordern die Einrichtung berufsbegleitender Studiengänge an der Freien Universität von Bozen, wobei das Studienangebot mindestens einen geisteswissenschaftlichen Abschluss ermöglichen muss. Die Vorlesungen müssen abends oder geblockt am Wochenende stattfinden, wobei auch ein E-Learning zumindest in einzelnen Fächern ermöglicht werden soll.

## 5 Energie

### 5.1 Wasserkraft

Wir fordern eine Entprivatisierung der Wasserkraft in Südtirol.

- a) Konzessionen für die Wasserkraft sollen zukünftig nicht mehr von privaten Unternehmen angesucht werden können. Alte auslaufende und neue Konzessionen gehen entweder direkt an die Gemeinden oder an nicht gewinnorientierte lokale Genossenschaften.
- b) Bei neuen Konzessionen wird den historisch gewachsenen (Grund) Eigentümern eine Entschädigung in Form einer Beteiligung in Prozenten zugesprochen, welche sich über die Laufzeit der Konzession erstreckt und anschliessend automatisch erlischt.
- c) Die Landesenergiegesellschaft SEL wird in der heutigen Form aufgelöst und gibt ihre Konzessionen an die lokalen Genossenschaften bzw. Gemeinden ab. Sie wird zukünftig die Südtiroler Energiegenossenschaften und Gemeinden vertreten und eine Zusammenarbeit dieser koordinieren.
- d) Die bereits vergebenen Wasserkraftwerke gehen mit Ablauf der Konzessionen an die lokalen Genossenschaften und Gemeinden über.
- e) Gemeinden, welche keinen oder zu wenig Strom aus Wasserkraft produzieren können, werden mit Überschüssen aus den anderen Gemeinden und Genossenschaften gespeist. Damit ist gewährleistet, dass alle SüdtirolerInnen kostengünstigen und sauberen Strom erhalten.
- f) Südtirol produziert weit mehr Strom aus Wasserkraft als es verbraucht. Es muss daher einen Grenzwert der Maximalproduktion (ie. Gesamt-Produktion/Verbrauch) geben, welcher nicht überschritten werden darf, um die Landschaft und Umwelt zu schützen und touristisch weiterhin attraktiv zu halten.





- g) Sämtliche Infrastrukturen (Lehrrohre, Kabel, Trafostationen) müssen in öffentlicher Hand bleiben und werden von den Gemeinden bzw. den Genossenschaften instandgehalten.
- h) In der Folge soll das Limit von 3kW aufgehoben werden.

## 5.2 Stromtarife

In Folge dieser Entwicklungen (1.1) fordern wir einen südtirolweiten einheitlichen Strompreis in Form eines Stufenmodells, um Familien zu entlasten und Anreize zum Stromsparen zu schaffen. Jede Familie soll ein Kontingent von 2700kWh zu einem sehr günstigen Tarif erhalten, bei größeren Familien wird der Betrag angepasst. Verbrauch über diesem Limit soll normal kosten. Für Betriebe soll ein ähnliches Modell erstellt werden.

## 5.3 Windkraftanlagen

Ziel: Die Piratenpartei Südtirol lehnt einen Einsatz von Windkraft in Südtirol ab, da es

- a) Genug Stromproduktion (sogar Überproduktion) zur Abdeckung des Strombedarfs in Südtirol gibt.
- b) Windkraftanlagen das Landschaftsbild durch ihre Größe, die Rotorbewegung und die nächtliche Befeuerung nachhaltig beeinträchtigen
- c) Windkraftanlagen eine massive Gefahren für Vögel darstellen. Der Ausbau in Hochalpinen Regionen gefährdet besonders auch alle unter Naturschutz stehenden Adlerarten und allgemein Greifvögel.

## 5.4 Photovoltaik

Wir fordern die Abschaffung der Förderungen von Photovoltaik, da andere Technologien wie z.B. Solarthermie effizienter sind.

## 5.5 Erneuerbare Energie für Heizung und Warmwasser

Wir fordern spezielle Förderungen für Solarthermie und Biomasse-Kessel (Holz, Pellets), wenn diese eine mit fossilen Brennstoffen betriebene Heizanlage bzw. Anlage zur Warmwasserbereitung vollständig ersetzen.



## 5.6 Energetisches Sanieren und Bauen

Der Klimahaus Standard B soll für Neubauten ausreichend sein. Bei der Sanierung von Altbauten soll ein Klimahausstandard C ausreichend bleiben. Die zwingende Klimahauszertifizierung ist abzuschaffen, eine Berechnung durch einen geprüften Techniker soll ausreichend sein.

## 5.7 Stromleitungen

Im Bereich von Siedlungen und bebauten Flächen (Büro- sowie Gewerbegebieten) sollen überirdische Stromleitungen ins Erdreich verlegt werden, um das Landschaftsbild zu verbessern und um Anwohner vor elektromagnetischen Feldern zu schützen.

## 5.8 Energiegewinnung mit nachwachsenden Rohstoffen

- a) Die Piratenpartei Südtirol begrüßt die Energiegewinnung mit nachwachsenden Rohstoffen (Holz, Hackschnitzel, Pellets). Kurze Transportwege innerhalb Europas sind zu bevorzugen.
- b) Wir lehnen einen Import von z.B. Palmöl oder Biodiesel zur Energiegewinnung in Südtirol ab.

# 6 Sozialpolitik

## 6.1 Arbeit

Wir fordern, dass das Lohneinkommen den Ansprüchen einer entwickelten europäischen Gesellschaft entspricht und definitiv dieses Almosensystem verbannt wird. Die Politik hat dafür zu sorgen, dass die Einkünfte der Angestellten und Arbeiter eine Familie ohne Beiträge ernähren und auch in den Erziehungsbelangen fördern kann, dazu gehört auch ein jährlicher Familienurlaub, sowie die Kinder in Kultur, Sport und Freizeit zu unterstützen und zu fördern. Dazu gehören:

- a) Maßnahmen zu setzen, sodass das III Lohnelement auf lokaler Ebene eine Erhöhung erfährt, welche den lokalen Gegebenheiten entspricht (einheitlich für alle Gehaltsebenen 400,00 € monatlich).



- b) Abdeckung der Einkünfte und Sozialabgaben für mindestens vier Jahre bei Krankheit, Unfall, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Betreuung von kranken und pflegebedürftigen Angehörigen bis 2°.
- c) Abdeckung der Einkünfte und Sozialabgaben für vier Jahre vor der Alterspensionierung, sofern unfreiwillig aus dem Arbeitsleben geschieden
- d) Arbeitsplatzsicherung für oben angeführte Ansprüche für denselben Zeitraum
- e) Rückkehr der Mutter oder des Vaters aus dem Elternurlaub mit der Möglichkeit auf Teil- und Gleitzeitarbeit -ohne Kernzeit-umzusteigen. Dies bis zum 10. Lebensjahr des Kindes.
- f) Anspruch eines Elternteils auf bezahlten Urlaub bei Krankheit des Kindes- bis zum 10. Lebensjahr. Da einige Institute bereits teilweise bestehen, ist in diesen Fällen nur eine Integrierung erforderlich.
- g) Gleichstellung aller Sozial- und Förderungsmaßnahmen für öffentlichen und privaten Angestellten.

Wie werden diese Mehrkosten vom Betrieb finanziert:

- a) Durch die Abschaffung der Lohnkostensteuer IRAP an die Betriebe.
- b) Durch Erhöhungen des Lohnelements auf Verhandlungsbasis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände unter Einbindung der Politik zur Verwirklichung der Vorhaben.
- c) Entlastung der Betriebe in lokaler steuerlicher beitragsbezogener Hinsicht.
- d) Vergütungen der restlichen Kosten von öffentlicher Hand.

## 6.2 Einwanderungspolitik

- a) Absolute Gleichbehandlung von Immigranten bei Arbeitsbedingungen und der Bezahlung und bessere Kontrollen dafür.
- b) Stufenkonzept bei Sozialleistungen für Immigranten. Kriterien dafür soll das Fortschreiten der Integration, insbesondere in Form von Sprachkompetenz in den drei Landessprachen darstellen.
- c) Flächendeckende Sprachkurse. Deutsch und Italienisch müssen im Zuge des Stufenkonzepts zur Erlangung der vollen Sozialleistungen gleichermaßen erlernt werden.
- d) Förderung von Integrationsprogrammen in den Schulen.



### **6.3 Sozialstrukturen (Krankenhäuser, Gerichte, Altersheime usw.)**

Ordentliche Sozialstrukturen gehören dezentralisiert und nicht zentralisiert. Die Piratenpartei Südtirols fördert und unterstützt:

- a) Beibehaltung der Krankenhäuser von Sterzing, Innichen und Schlanders, wobei man lediglich die hochtechnischen Abteilungen (Neurologie, Gefäßchirurgie, komplexe Karzinomerkrankungen) auf zentralisierter Struktur zentralisiert.
- b) Die peripheren Gerichte dürfen nicht aufgelassen werden und die Kosten für Personal und Strukturen sollen evtl. vom Land übernommen werden.
- c) Altersheime gehören in die Ortskerne eingebunden und nicht in peripheren Zonen angesiedelt.
- d) Der Hauspflagedienst muss wie derzeit gehandhabt beibehalten und noch ausgebaut und verbessert werden.

### **6.4 Vereinswesen und Verbände**

Das Vereinswesen muss gefördert und die Belange der jeweils angehörigen Gesellschaftsgruppen müssen ohne Interferenz der Politik gestärkt werden. Das Vereinswesen stellt gleichzeitig eine unentgeltliche Arbeitsleistung von vielen Mitgliedern dar, welche somit als Gesellschaftlich relevante Sozialpolitik anzusehen ist.

- a) Vereine müssen aber unparteiisch organisiert und verwaltet werden.
- b) Ihre Zielsetzung darf nur im Interesse der Mitglieder erfolgen und sozialen Charakter aufweisen.
- c) Interferenzen mit den Parteien gehören Kraft Gesetz verboten.

## **7 Gesundheit**

### **7.1 Kontinuität statt Willkür**

Wir fordern die Erstellung eines langfristig durchdachten Konzepts, das offen nach außen kommuniziert wird. Welche Strukturen erhalten, ausgebaut, geschlossen oder zusammengelegt werden, sollte zusammen mit dem betroffenen Personal und den Bürgern diskutiert werden. Dabei muss die medizinische Versorgung der Bevölkerung, vor allem in der Peripherie, auch



in Zukunft sichergestellt und weiter verbessert werden. Bereits bestehende Strukturen sollten bestmöglich ausgenutzt werden.

## 7.2 Medical School

Die Piratenpartei spricht sich gegen die Errichtung einer Medical School in Bozen aus. Der Nutzen einer eigenen medizinischen Universität ist fraglich, diese würde aber hohe Kosten verursachen und Gelder verbrauchen, die an anderen Stellen sinnvoller eingesetzt werden können. Außerdem gibt es aktuell bereits genügend Südtiroler Medizinstudenten an umliegenden Universitäten. Es gilt Anreize zu schaffen, damit diese nach dem Studium wieder nach Südtirol zurückkommen (mehr Ausbildungsplätze, attraktive Arbeitsbedingungen etwa durch Kinderbetreuung. . .)

## 8 Wirtschaft und Arbeit

### 8.1 Grundeinkommen

Die Piratenpartei Südtirol spricht sich für eine breite Diskussion über ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) aus. siehe auch <http://www.piratenpartei.at/programm-und-inhalte/bedingungsloses-grundeinkommen/>

### 8.2 Arbeitslosigkeit

- a) Die fortschreitende Automatisierung von Arbeitsprozessen führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit. Es gilt neue Verteilungsmodelle zu finden, damit die steigende Arbeitslosigkeit zu keinem Problem wird.
- b) Wir fordern eine Fixierung des Renteneintrittsalters bei 65 Jahren.
- c) Neben den notwendigen politischen Maßnahmen, sollten sich die einzelnen Personen rechtzeitig mit den eigenen (Berufs-)Wünschen, Fähigkeiten, Bildung und Qualifikationen, Erlernen eines gerechten Berufes mit Zukunftsperspektiven auseinandersetzen.
- d) Wir fordern den Ausbau von Weiterbildungs- bzw. Umschulungsmöglichkeiten für Arbeitslose sowie Berufstätige welche eine neue Perspektive suchen.



### 8.3 Raumordnung

Die Piratenpartei fordert eine Vereinfachung der Regelungen im Bereich Raumordnung, Bauwesen und Landschaftsschutz. Der aktuelle Dschungel aus Verordnungen, die von den Beamten oft sehr streng ausgelegt werden, erschwert vor allem Privatpersonen die Umsetzung ihrer Vorhaben und führt zu unnötiger Bürokratie. Die derzeit übliche Praxis, dass auf Beamtebene durch Reglementierungswut und übereifrige Kontrollen laufend Härtefälle produziert werden, die dann durch Bittgänge zu den Politikern der Landesregierung entschärft werden müssen, stellt auf Dauer keine akzeptable Lösung dar.

### 8.4 Wirtschaftsförderung

- a) Betriebe welche neue Mitarbeiter einstellen, werden über einen bestimmten Zeitraum auf lokaler Ebene, mit einer wesentlichen Reduzierung an Steuern und Abgaben belohnt.
- b) Klein- und Mittelbetrieben wird kostenlos das Fachwissen von Universitäten und Berufsschulen zur Verfügung gestellt, Kurse und Weiterbildungsprogramme auf Wochenend- und Abendveranstaltungen werden unentgeltlich für alle angeboten.
- c) Bürokratie gehört abgebaut und der Grundsatz des Vorschlages zur sachgerechten Einhaltung von Bestimmungen und Verordnungen den Betrieben unentgeltlich von öffentlicher Hand zur Verfügung gestellt (dadurch entfallen bei Einhaltung der Vorgaben: Strafen, Verstöße und Kosten - besonders im Rahmen von: Datenschutz, Arbeitssicherheit, Umweltdienste usw.).
- d) Hochqualifizierte Akademiker sollen durch schmackhafte Förderungen zur Rückkehr in das Land angeregt werden.
- e) Die Sanierung und Verbesserung von Verkehrswegen, Gebäuden, Ufer- Wildbachverbauungen usw. soll anstelle von Neubauten die Konjunktur der Klein- und Mittelbetriebe auf lokaler Ebene stärken.
- f) Fremdenverkehr und Tourismus sind ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaftskraft und gehören somit durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Know how zu begünstigen. Die Rahmenbedingungen für gezielte Werbung soll unterstützt und mit den neuen Kommunikationsmitteln intensiv vermarktet werden.
- g) Neugründungen von Einzel-, Familien- bzw. Jungunternehmer sollen durch das öffentliche Fachwissen über mehrere Jahre kostenlos begleitet und im Wissen und der Bürokratiebewältigung unterstützt werden. Darunter fallen: Gründung des Unternehmens, Äquität des Standortes, Kreditwesen, Förderungen, Anschaffung von Maschinen und Ge-



räten, Personalbeschaffung, Verkaufsstrategie, Kundenakquisition bzw. Abnehmer der Produkte, Arbeitssicherheit, Umweltdienste, Datenschutz usw.).

## **9 Umwelt**

### **9.1 Wasser**

- a) Wasser ist Allgemeingut und lebensnotwendig.
- b) Gegen eine Privatisierung von Trinkwasser und Abwasser.
- c) Alle Infrastrukturen müssen weiterhin in öffentlicher Hand bleiben.

### **9.2 Lichtverschmutzung reduzieren**

Die Piratenpartei Südtirol will die Lichtüberflutung im Interesse der Umwelt im Sinne des natürlichen Tages- und Nachtrhythmus von Tier, Mensch und Natur vermindern, ohne die Sicherheit von Wegen zu beeinträchtigen. Für die nächtliche Straßenbeleuchtung sind Lichtquellen mit entsprechend dem Stand der Technik reduziertem UV-Anteil zu bevorzugen, um die Beeinflussung von Insekten und Vögeln zu vermindern.

### **9.3 Flugplatz**

Die Piratenpartei Südtirol ist gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens und für eine optimale Anbindung über Zugverbindungen zu den nächstgelegenen Flughäfen in Innsbruck und Verona. Alle finanziellen Zuschüsse für den Flughafen sind unverzüglich zu stoppen. Gäbe es einen Bedarf an einem Flughafen Bozen, so würde ein solcher auch ohne Landesgelder schwarze Zahlen schreiben. Der Betrieb von Flughäfen verursacht eine große, weit über den Flughafenbereich hinausgehende Emission von Lärm und Feinstaub und stellt eine erhebliche Gefährdung der im Umfeld lebenden Menschen und Tiere dar. Die Belastungen durch den Betrieb von Flughäfen und Fluglandeplätzen sind in ihrer Wirkung gesamtheitlich zu betrachten und so gering wie möglich zu halten. Wirtschaftliche Chancen sind gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen. Betriebskonzepte sind so zu optimieren, dass die Anzahl der betroffenen Anwohner so klein wie möglich ist. Alle durch Flugverkehr verursachten Emissionen sind zu erfassen und quartalsweise zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt leicht nachvollziehbar, unter Nutzung freier Lizenzen, in offenen Dateiformaten und unter Bekanntgabe maschinenlesbarer Quelldaten.



#### **9.4 Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes**

Das Umweltinformationsgesetz ist zur Grundlage einer umfassenden Dienstleistung für die Bürger weiterzuentwickeln. Umweltinformationen sind nach Auffassung der Piratenpartei Südtirol eine Bringschuld: Behörden müssen dafür geeignete Informationen von sich aus -und nicht erst auf Anfrage- bereitstellen. Die Piratenpartei Südtirol setzt sich für einen freien Zugang zu Umweltinformationen für alle Bürger ein.

#### **9.5 Biotop**

Die Piratenpartei Südtirol setzt sich für die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt ein. Dazu ist die Biotopvernetzung zu fördern. Der Umkreis der Biotop sollte auch in Tallagen deutlich ausgedehnt werden, damit die Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen in Symbiose leben kann. Dadurch wird auch die Evolution gesichert und die Weiterentwicklung von Leben gewährleistet. Der Schadstoffeintrag aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft in natürliche Lebensräume muss auf ein umweltverträgliches Maß reduziert werden.

#### **9.6 Trinkwasser**

Die Piratenpartei Südtirol fordert einen Grenzwert für die Urankonzentration im Trinkwasser für Südtirol/Italien. Wir empfehlen den EU-Grenzwert von 10 µg/L.

#### **9.7 Regenwasser und Schnee**

Die Piratenpartei Südtirol fordert regelmäßige und umfangreiche Schadstoffmessungen in Niederschlägen, sprich Regen und Schnee. Mögliche Verunreinigungen und Grenzwertüberschreitungen sollen untersucht und rückverfolgt werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen müssen jederzeit öffentlich einsehbar sein und online gestellt werden.

#### **9.8 Feinstaub und Ultrafeinstaub**

Die Piratenpartei Südtirol fordert regelmäßige und umfangreiche Schadstoffmessungen von Feinstaub und Ultrafeinstaub in Städten. Wir empfehlen Messungen in verschiedenen Höhen (1m, 2m, 5m), um die Belastung für Menschen zu eruieren, da derzeit keine Datenlage dazu vorliegt, wie sich der Feinstaub in den bodennahen Luftschichten verteilt. Weiters sollte die





qualitative Zusammensetzung des Feinstaubs ermittelt werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen müssen jederzeit öffentlich einsehbar sein und online gestellt werden. Filtermaßnahmen sind zu setzen, um die Grenzwerte einzuhalten.

### **9.9 Tiefenbohrungen**

- a) Die Piratenpartei Südtirol lehnt Bohrungen und chemische Verfahren zur Gewinnung von Erdgas (Fracking) oder für geothermische Zwecke ab.
- b) Jegliche Einbringung von Chemikalien für Bohrzwecke ist zu unterlassen, da dadurch das Grund- und Trinkwasser gefährdet wird.
- c) Bohrungen sind auf ein Mindestmass zu beschränken, da sie unabsehbare Konsequenzen wie die Auslösung von Erdbeben zur Folge haben können.

### **9.10 Müllverwertung**

- a) Die Piratenpartei Südtirol lehnt die Verbrennung von Müll und somit die Müllverbrennungsanlage in Bozen Süd ab. Müll ist eine Ressource, die Verbrennung von Müll entzieht diese wertvollen Stoffe dauerhaft dem Rohstoff-Kreislauf und produziert Klima- bzw. Gesundheitsschädliche Gase und Abfallstoffe.
- b) Wir fordern eine möglichst vollständige Wiederverwertung des Mülls in Südtirol. Organische Abfälle sollen gesammelt und kompostiert werden bzw. in Biogasanlagen verwertet werden. Nur (derzeit) nicht-recyclebarer Restmüll darf deponiert, nicht aber verbrannt werden.
- c) Wir fordern eine Prüfung, ob Müll bestehender alter Deponien wiederverwertet werden kann.

### **9.11 Radon**

Wir fordern strengere Radon Grenzwerte für Wohngebäude und öffentliche Gebäude wie Kindergärten und Schulen. Empfohlen werden max. 100 Becquerel pro Kubikmeter Luft (WHO). (Italien hat noch keine Grenzwerte)



## 10 Landwirtschaft

### 10.1 Biologische Landwirtschaft

Wir fordern eine Stärkung der regionalen biologischen Landwirtschaft. Zukunftsvision: "Bio-land Südtirol 2025"

- a) Stopp der Förderungen für konventionelle Landwirtschaft.
- b) Finanzielle Förderung biologischer Landwirtschaft und Tierzucht und Umstellung auf diese.
- c) Einführung und Ausbau von Kursen und Lehrprogramm der Landwirtschaftsschule zu den Themen Biolandbau und Permakulturen.
- d) Alternative Landwirtschaft mit Anbau von rein pflanzlichen Lebensmitteln aller Art begünstigen und verstärkt fördern.
- e) Kontinuierliche Weiterentwicklung des Biostandards: Südtiroler (oder in Zusammenarbeit mit der Europaregion Tirol") Bio Zertifikat mit wesentlich strengeren Vorgaben als das EU Siegel.
- f) Massentierhaltungen und Kettentierhaltung sollen progressiv verboten und die Umstellung auf Freilaufställe gefördert werden. Tieren muss ein Mindestmaß an freiem Bewegungsraum gewährt werden, wobei mindestens die doppelte Fläche der laut EU-Norm vorgesehenen Fläche ein Mindestmaß darstellen muss und ein freier Auslauf in offenes Gelände zumindest alle zwei Tage gewährt werden soll.

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch:

- a) Organisation und PR für lokale Bauernmärkte.
- b) Förderung von Direktvertrieb und Regionaler Verteilung.
- c) stärkere Vernetzung von Bauern mit dem Einzelhandel.

### 10.2 Gentechnik

Der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen in Südtirol soll auch weiterhin verboten bleiben. Südtiroler Milch muss auch weiterhin GMO frei bleiben. Wir fordern ein generelles Verbot von genmanipulierten Futtermitteln für Nutztiere und für den Verzehr bestimmte



Tiere. Begründung: Genmanipulierte Zellen können eine Vielzahl unbekannter potentiell gesundheitsgefährdender Proteine produzieren. Durch Fäkalien und Futtermittel können diese Stoffe in die Nahrungskette gelangen.

### **10.3 Biogasanlagen**

Genossenschaftliche Biogasanlagen in allen Gemeinden sollen gefördert und ausgebaut werden. Die Güllelieferung der Mitglieder stellt die Ressource für die Produktion von Energie dar. Dadurch wird zudem eine Übersäuerung und Verunreinigung der landwirtschaftlichen Böden gedrosselt und bekämpft.

### **10.4 Hormone und Medikamente in der Tierhaltung**

- a) Die Piratenpartei Südtirol spricht sich gegen den Einsatz von Hormonen und Wachstumsförderern in der Tierhaltung aus.
- b) Der Medikamenteneinsatz bei Nutztieren und Tieren, die zum Verzehr bestimmt sind, ist massiv einzuschränken.

### **10.5 Wald und Wiese**

- a) Die Piratenpartei wendet sich gegen Monokulturen in der Land- und Forstwirtschaft und setzt sich für den Erhalt und den Aufbau von nachhaltigen Mischwäldern ein. Wälder und Wiesen stellen gleichzeitig den Lebensraum von Flora und Fauna dar und sichern somit auch für die Zukunft die Artenvielfalt.
- b) Die Piratenpartei fordert einen Stopp der Düngung von Almwiesen oberhalb von 1900 m.ü.M.
- c) Die Piratenpartei fordert ein Stopp der Almmeliorierungen im Sinne von Planierungen der Almflächen zur Erleichterung der maschinellen Bewirtschaftung oder zumindest eine Aussetzung der Beiträge dafür.
- d) Spritzverbot in der Nähe von Wohnanlagen, Spielplätzen, Erholungszonen usw. (Abstand min. 30m).



## 10.6 Verbraucherschutz

Die Piratenpartei spricht sich im Sinne des Verbraucherschutzes für eine genauere und mehrsprachige Kennzeichnung der Herkunft von Nahrungsmitteln aus. So sollte nicht nur der Ort der Endverarbeitung angegeben werden, sondern vor allem auch die Herkunft der Hauptzutaten, z.B. bei Fleischprodukten das Herkunftsland der Tiere. Produkte, die als regionale, in Südtirol hergestellte Lebensmittel beworben werden, müssen auch tatsächlich komplett in Südtirol produziert worden sein. Eine genaue Kennzeichnung sollte bei allen Lebensmitteln selbstverständlich sein.

# 11 Verkehr

## 11.1 Öffentliche Verkehrsmittel

Die Piratenpartei Südtirol fordert einen weiteren konsequenten Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Der öffentliche Nahverkehr muss sowohl preislich als auch zeittechnisch mit dem PKW-Verkehr konkurrieren können. Eine optimale Anbindung zu den Flughäfen mit dem Zug wird gefordert.

## 11.2 Stadtverkehr

Die Umweltbelastungen in den Städten durch Feinstaub und Ultrafeinstaub sind viel zu hoch. Die Piratenpartei Südtirol fordert den Ausbau von autofreien Zonen in den Städten sowie von "park&ride-Angeboten, mit dem Ziel die Städte zu großen Teilen autofrei zu machen. (Vision: fahrscheinloser Nahverkehr mit Querfinanzierung A22. Umsetzung [noch] unrealistisch)

# 12 BBT

Welchen Sinn soll ein Projekt geben, wenn der Gütertransport entgegen den Prognosen auf der Brennerachse stark abgenommen hat und eine Modernisierung der bestehenden Bahnstrecke und die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene auch die Erfordernisse decken könnte? Der BBT ist laut derzeitigen Informationen nicht für die Verlagerung des auf der Autobahn ankommenden Verkehrs gedacht, sondern er soll zusätzlichen Verkehr durch unsere Landschaft schleusen. Hinzu kommen die immensen Kosten dieses Wahnsinnsprojektes, welches vielleicht in 30 bis 40 Jahren auch von Zulaufstrecken bedient werden könnte. Diese Gelder kommen teils aus unseren Steuergeldern, welche wir sicherlich besser einsetzen könnten.



Mit diesen Geldern hätte man die bestehende Bahnlinie vollkommen ausbauen und einhausen können und hätte dabei auch noch Geld für die Modernisierung der ratternden oft über 50 Jahre alten Güterzüge zur Verfügung. Dass wir für Kosten aufkommen müssen, welche uns nur Nachteile bringen, unser Landschaftsbild im Großraum Eisack- Wipptal wesentlich zerstört (bedenken wir die ganzen derzeit bestehenden Baustellen und Ablagerungen der Bergmaterialien) ist wohl nicht nachvollziehbar und daher bedenklich. Nach Fertigstellung wird die Landschaft im Eisacktal durch Sicherheitsstollen, mit bodenzerstörenden konsolidierten Zulaufstrecken, meterhohen Umzäunungen aus Beton oder Eisenpfählen, Absperrungen, Zäunen usw. den Charakter verloren haben und in zunehmenden Maße als Siedlungsraum noch unattraktiver sein und wohl auch ein Abwandern der Bevölkerung verursachen. Für dieses Projekt fordern wir eine unverzügliche Volksbefragung.

## **13 Tierrechte und Tierschutz**

### **13.1 Kultur des Tierrechtes**

Die Kultur des Tierschutzes gehört in die Kindergärten und Schulen eingebunden in ein Natur- und Umweltfach als verbindliche Materie vermittelt und praktisch durch Führungen und Wanderungen gestärkt.

### **13.2 Tierhaltung**

- a) Massive Verbesserung und der Bedingungen für Tierhaltung.
- b) Artgerechte Ernährung und Haltung (siehe auch Punkt 3).
- c) Natürliches Umfeld und Verpflichtung zur Haltung von Herdetiere zumindest paarweise.

### **13.3 Anlagen für einen sicheren Wildwechsel**

Anlagen für sicheren Wildwechsel an Straßen- und Bahntrassen sollen besonders bei Neubauten, Erneuerungen bzw. außerordentlichen Sanierungen verwirklicht werden.

### **13.4 Zirkusse**

Verbot von Wildtieren in Zirkussen.



### **13.5 Schächtung**

Absolutes Verbot Tiere durch Schächtung zu töten.

### **13.6 Lotterien mit Lebewesen**

Lotterien mit Lebewesen als Prämien, welche für die Schlachtung oder den Abschuss bestimmt sind, sind für eine hochentwickelte geistige Gesellschaft nicht tragbar und daher zu verbieten.

### **13.7 Hundehaltungen**

- a) Verbot der Haltung von Hunden an Ketten.
- b) Hunden, welche in Wohnungen gehalten werden, muss ein täglicher Auslauf gewährt und gesichert sein.

### **13.8 Kontrollorgane**

- a) Qualifizierte Tierschützer von registrierten Tierschutzorganisationen und Tierschutzvereinen müssen auch einen freien Zugang zu wirtschaftlich genutzten Gebäuden und Anlagen ermöglicht werden. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens wird ein auf Landesebene und von öffentlicher Hand organisierter Kurs einmal jährlich angeboten werden, welcher in Zusammenarbeit mit Fachschulen und der Freien Universität von Bozen ausgearbeitet und abgehalten wird. Dem Kurs folgt eine zertifizierte Prüfung. Den positiven Abgängern wird der Titel „Tierschutzfachkraft“ verliehen, welcher darauf als ehrenamtlicher Tierschutzpolizist in oben angeführten Organisationen und Vereinen tätig sein kann.
- b) Die Koordinierung zwischen den öffentlichen Kontrollorganen und den Tierschutzorganisationen muss ausgebaut und verbessert werden.

### **13.9 Strafen**

Für Tierquälerei und Tiermisshandlungen bzw. die Nichteinhaltung von Bestimmungen müssen die Strafen wesentlich verschärft werden.



## 14 Südtirol

### 14.1 Autonomie

Die Piratenpartei Südtirol fordert einen weiteren Ausbau der Autonomie in Form von weiteren Kompetenzverschiebungen von Seiten des Staates in Richtung Provinz. Kurzfristig sollen sämtliche Bereiche vom Staat übernommen werden außer Verteidigung, Außenpolitik, und Gerichtsbarkeit. Die Region soll aufgelöst werden und deren Befugnisse auf die Provinz übergehen. Insbesondere befürworten wir die baldige Abkoppelung Südtirols vom nationalen Sozialvorsorgeinstitut INPS und die Schaffung eines eigenen Landes-Sozialvorsorge Institutes.

### 14.2 Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung liegt in den Händen des Volkes. Dementsprechend liegt es an den Bürgern zu entscheiden, nicht an den Parteien. Die Piratenpartei Südtirol ist weder für noch gegen die Sezession, aber für eine Volksabstimmung. Die Bevölkerung soll die Möglichkeit erhalten, sich entweder für die Autonomie oder eine andere Lösung auszusprechen.

## 15 Politik

### 15.1 Gehälter und Renten

- a) Die Piratenpartei spricht sich für eine für europäische Verhältnisse angemessene Bezahlung von Politikerämtern aus. Es soll ein finanzieller Anreiz gegeben werden, der die bestausgebildetesten und fähigsten Leute dazu motiviert in die Politik einzusteigen.
- b) Politikerrenten sind zu kürzen.

### 15.2 Privilegien

Die Piratenpartei Südtirol befürwortet die Streichung von

- a) Sonderprivilegien für Politikern
- b) Sonderfonds für Politiker
- c) Dienstwagen für Politiker



## 16 Drogen- und Suchtmittelpolitik

### 16.1 Legalisierung leichter Drogen

Wir wollen eine Neubewertung der aktuellen Drogengesetze mit dem Ziel einer Legalisierung des Konsums leichter Drogen, sowohl für medizinische Zwecke als auch für privaten Konsum. Moderne Suchtmittelpolitik sollte sich nicht durch Verbote, sondern durch Aufklärung auszeichnen. Allen voran soll die Herstellung, Verkauf und Konsum von sämtlichen Hanfprodukten aus der Kriminalität herausgeholt und den Mechanismen des Jugend- und Verbraucherschutzes unterworfen werden.

